

Inhaltsübersicht

Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	27
1. Teil Einleitung	39
2. Teil Der Anwendungsbereich der Annexzuständigkeiten .	95
3. Teil Die Abhängigkeit der Annexzuständigkeiten von dem Willen der Verfahrensbeteiligten	215
4. Teil Das Verhältnis der Annexzuständigkeiten zu völker- rechtlichen Übereinkommen sowie zu den nationalen Zuständigkeitsregelungen	267
5. Teil Die Auswirkungen der Neufassung der Brüs- sel IIa-VO (Brüssel IIb-VO) auf die Annexzustän- digkeit in Kindschaftssachen	293
6. Teil Verordnungsübergreifende Herausarbeitung der ein- heitlichen Grundsätze zu den Annexzuständigkeiten .	313
Literaturverzeichnis	341
Verzeichnis der Berichte, Materialien und Stellungnahmen . . .	387
Stichwortverzeichnis	393

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	27
1. Teil Einleitung	39
A. Einführung	39
B. Grundlagen	44
I. Begriffserläuterung	44
II. Auslegungsgrundsätze	46
III. Mechanismen zur Koordination mehrerer Verfahren im Europäischen Zivilverfahrensrecht	48
1. Verbindung von erbrechtlichen und güterrechtli- chen Streitigkeiten	49
2. Annexzuständigkeiten bei Kindschaftssachen nach Art. 16 Brüssel IIb-VO	49
3. Keine ungeschriebene Annexzuständigkeit des Erstgerichts für Abänderungsverfahren	51
4. Besondere Annexzuständigkeiten für Zivil- und Handelssachen	52
5. Klagen im Zusammenhang mit einem Insolvenz- verfahren, Art. 3 EuInsVO	53
6. Annexzuständigkeiten für im Zusammenhang ste- hende Verfahren	53
a. Anwendungsbereich	54
b. Keine Gefahr von widersprüchlichen Ent- scheidungen in einer Ehe- und Folgesachen- streitigkeit	56

c.	Möglichkeit einer Gefahr von widersprüchlichen Entscheidungen innerhalb der Verfahren zu den Folgesachen	56
d.	Zwischenergebnis	58
7.	Regelungen zur Aussetzung von Verfahren	59
a.	Rechtshängigkeitssperren	59
b.	Im Zusammenhang stehende Verfahren	60
8.	Zusammenfassung	60
IV.	Ziele und Wirkungen der Annexzuständigkeiten	61
1.	Förderung der Prozessökonomie	61
a.	Bedeutung der Prozessökonomie in der deutschen Rechtsordnung	62
b.	Prozessökonomie nach dem Verständnis des EuGH	63
c.	Der Einfluss der Annexzuständigkeiten auf die Konzentration mehrerer Verfahren	64
aa.	Keine Vermeidung von Parallelverfahren innerhalb eines Mitgliedstaates	65
bb.	Reduzierung von grenzüberschreitenden Parallelverfahren	66
(1)	Der gewöhnliche Aufenthalt nach Art. 3 Abs. 1 lit. a Brüssel IIa-VO	69
(a)	Der gewöhnliche Aufenthalt in der EuGüVO	71
(b)	Der gewöhnliche Aufenthalt bei Kindschaftsverfahren nach der Brüssel IIa-VO	71
(c)	Der gewöhnliche Aufenthalt in der EuUnthVO	72
(d)	Zwischenergebnis	73
(2)	Die Staatsangehörigkeit beider Ehegatten i.S.d. Art. 3 Abs. 1 lit. b Brüssel IIa-VO	74
(3)	Die Restzuständigkeit i.S.d. Art. 7 Brüssel IIa-VO	74
(4)	Zwischenergebnis	75
d.	Zwischenfazit	75

2. Erleichterung einer geordneten Rechtspflege durch die Vorhersehbarkeit der Zuständigkeitsregelungen	76
3. Förderung des europäischen Entscheidungseinklangs	79
a. Einheitliche Beurteilung einer Qualifikationsfrage	80
b. Einheitliche Beurteilung einer Vorfrage . . .	81
aa. Vorliegen einer wirksamen Ehescheidung	81
bb. Vorliegen einer (früheren) Ehe und eines Eltern-Kind-Verhältnisses	82
c. Zwischenergebnis	83
4. Das Risiko von forum shopping in Bezug auf die Folgestreitigkeiten	84
5. Bewertung	86
V. Die Interessenlagen im Ehe- und Folgeverfahren . .	86
1. Der Grundsatz des <i>favor divortii</i> in Ehesachen nach Art. 3 Brüssel IIa-VO	87
2. Der Schutz des Unterhaltsberechtigten	89
3. Die Gleichberechtigung der Ehegatten in einer güterrechtlichen Streitigkeit	90
4. Der Schutz des Kindes	91
5. Zwischenergebnis	91
C. Weiterer Gang der Untersuchung	92
2. Teil Der Anwendungsbereich der Annexzuständigkeiten .	95
A. Der grenzüberschreitende Bezug	95
B. Die Ausgangssache	97
I. Die Verfahrensarten in der Ehesache	98
1. Verfahrensarten nach Art. 1 Abs. 1 lit. a Brüssel IIa-VO	98
a. Statusändernde Verfahren	98
b. Keine Anwendbarkeit der Brüssel IIa-VO auf Feststellungsverfahren	100
2. Personenstandsverfahren nach Art. 3 lit. c EuUnthVO	101
3. Streitigkeiten zwischen Ehegatten und früheren Ehegatten in Ehesachen nach Art. 4 Abs. 1 lit. c sublit. i EuUnthVO	102
4. Zwischenergebnis	102

II.	Der Begriff der Ehe	103
1.	Der Ehebegriff in der Brüssel IIa-VO	103
a.	Auslegung	104
b.	Entscheidung des EuGH in der Rechtssache <i>Coman</i>	105
2.	Der Ehebegriff nach Art. 5 EuGüVO	107
3.	Der Ehebegriff nach der EuUnthVO	108
a.	Das familiäre Verhältnis i.S.d. Art. 1 Abs. 1 EuUnthVO	108
b.	„Personenstand“ i.S.d. Art. 3 lit. c EuUnthVO	110
c.	„Ehegatten“ oder „frühere Ehegatten“ i.S.d. Art. 4 lit. c sublit. i EuUnthVO	111
4.	Zwischenergebnis	112
III.	Anwendbarkeit auf außergerichtliche Ehescheidungen	113
1.	Abgrenzung von sog. (<i>reinen</i>) Privatscheidungen	114
2.	Ehescheidungen unter konstitutiver Mitwirkung einer staatlichen Stelle	115
3.	Der Gerichts begriff in den Annexzuständigkeiten	117
a.	Kindschaftssachen	117
b.	Unterhaltssachen	117
aa.	Der Gerichts begriff nach der EuUnthVO	117
bb.	Der Gerichts begriff nach Art. 3 lit. c EuUnthVO	117
cc.	Kein Anwendungsbereich für die ver- einbarungsbedürftige Annexzuständig- keit nach Art. 4 Abs. 1 lit. c sublit. i EuUnthVO	119
c.	Güterrechtssachen	120
4.	Zwischenergebnis	121
IV.	Tatsächlich bestehende Zuständigkeit in der Aus- gangssache	121
V.	Ausschlüsse bestimmter Zuständigkeiten nach der Brüssel IIa-VO	123
1.	Ausschluss von exorbitanten Zuständigkeiten nach Art. 3 lit. c EuUnthVO	123
2.	Restriktionen bei Kindschaftssachen i.S.d. Art. 12 Abs. 1 Brüssel IIa-VO	126
3.	Zwischenergebnis	127
VI.	Ergebnis	128

C. Die Folgesachen	129
I. Konnexitätsanforderungen im deutschen Recht für ein Scheidungsverbundverfahren	129
II. Kindschaftsverfahren	130
1. Kein formeller oder verfahrensrechtlicher Konnex	130
2. Sachlicher Konnex	131
a. Elterliche Verantwortung bei mindestens ei- nem der Ehegatten	131
b. Keine materiell-rechtliche Abhängigkeit von der Entscheidung in der Ehesache	133
c. Ehestreitigkeit als tatsächliche Mitursäch- lichkeit für das Kindschaftsverfahren	135
d. Die Parteien des Kindschaftsverfahrens	136
aa. Streitigkeiten zwischen den Ehegatten	136
bb. Dritte als Kläger oder Beklagte	137
3. Ergebnis	140
III. Güterrechtliche Streitigkeiten	140
1. Kein verfahrensrechtlicher Konnex	141
2. Sachlicher Anwendungsbereich der EuGüVO	141
3. Eingeschränkter sachlicher Anwendungsbereich in Art. 5 EuGüVO	142
a. Güterrechtliche Angelegenheiten infolge des Eheaufhebungsverfahrens	144
b. Güterrechtliche Angelegenheiten aus der Tren- nungszeit im Falle einer Scheidung	145
c. Güterrechtliche Angelegenheiten aus der Zeit, in der die Ehe noch intakt war	147
d. Grenzfälle am Beispiel des deutschen Rechts	147
aa. Ansprüche bzw. Fragen bezüglich einer Ehegatteninnengesellschaft	147
bb. Ansprüche aus unbenannten Zuwendun- gen	149
cc. Der Anspruch auf Herausgabe der Braut- gabe	150
(1) Qualifikation	150
(2) Anwendbarkeit des Brautgabeanspru- ches auf die Annexzuständigkeit	152
e. Erstreckung auf güterrechtliche Angelegenhei- ten mit Dritten	154

aa.	Anwendbarkeit der Annexzuständigkeit nach Art. 5 Abs. 1 EuGüVO	154
bb.	Anwendbarkeit der Annexzuständigkeit nach Art. 5 Abs. 2 EuGüVO	155
cc.	Anwendungsfälle in der deutschen Rechtsordnung	155
(1)	Geltendmachung der Unwirksamkeit einer Verfügung über das Vermögen im Ganzen	155
(2)	Ausgleich unentgeltlicher Zuwendungen	157
4.	Zwischenergebnis	157
IV.	Unterhaltssachen i.S.d. Art. 3 lit. c EuUnthVO . .	158
1.	Verfahrensrechtliches Konnexitätserfordernis nach der <i>lex fori</i>	158
2.	Sachlicher Konnex: Der Begriff der Nebensache .	160
a.	Wortlaut	161
b.	Systematik	162
c.	Historie / Telos der Norm	162
d.	Telos der geltenden Fassung	163
e.	Ergebnis	164
3.	Persönlicher Anwendungsbereich	165
a.	Der Ehegatte als Unterhaltsberechtigter . . .	165
b.	Das Kind als Unterhaltsberechtigter	166
c.	Der Ehegatte als Unterhaltsverpflichteter . .	166
d.	Sonstige Dritte als Unterhaltsberechtigter . .	167
4.	Zwischenergebnis	168
V.	Unterhaltssachen i.S.d. Art. 4 Abs. 1 lit. c sublit. i EuUnthVO	169
1.	Verfahrensrechtlicher Konnex	171
2.	Sachlicher Konnex	171
3.	Unterschiede im Vergleich zu der Annexzuständigkeit nach Art. 3 lit. c EuUnthVO	172
4.	Zwischenergebnis	173
VI.	Fazit	173
D.	Der Kindeswohlvorbehalt	174
I.	Der Kindeswohlvorbehalt in Kindschaftssachen . .	174
1.	Anforderungen an den Kindeswohlvorbehalt . .	174
2.	Der Beurteilungsmaßstab	176

a.	Kein Vergleich mit einem anderweitig zuständigen Gericht	176
b.	Versagung der Zuständigkeit nur in Ausnahmefällen	177
3.	Bewertung	178
II.	Der Kindeswohlvorbehalt in Unterhaltsverfahren . .	179
1.	Die Rechtssache <i>A/B</i>	180
a.	Sachverhalt	180
b.	Entscheidung des EuGH	181
2.	Schlussfolgerungen aus der Entscheidung des EuGH in der Rechtssache <i>A/B</i>	181
a.	Grundsätzliche Anwendbarkeit des Kindeswohlvorbehalts auf die EuUnthVO	181
b.	Kein vollständiger Ausschluss von Art. 3 lit. c EuUnthVO für Kindesunterhaltsansprüche .	182
c.	Kindeswohlvorbehalt im Konkurrenzfall mit Art. 3 lit. d EuUnthVO	184
d.	Kein Konkurrenzproblem bei Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in einem Drittstaat i.S.d. EuUnthVO	185
e.	Kindeswohlvorbehalt ohne einen Konkurrenzfall mit Art. 3 lit. d EuUnthVO	186
3.	Zwischenergebnis	187
III.	Ergebnis	187
E.	Der zeitliche Konnex zwischen Ausgangs- und Folgesache	188
I.	Grundsatz: Anhängigkeit eines Ausgangs- und Folgeverfahrens	188
II.	Zur Erstreckbarkeit der Annexzuständigkeiten auf isolierte Folgeverfahren	190
1.	Praktischer Anwendungsbereich	190
2.	Abgabe des Verfahrens von Amts wegen nach der deutschen Rechtsordnung	191
3.	Isolierte Kindschaftsverfahren	192
a.	Isoliertes Kindschaftsverfahren am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes	192
aa.	Wortlaut	192
bb.	Systematik	193
cc.	Telos	194
dd.	Zwischenergebnis	194

b. Isoliertes Kindschaftsverfahren am schlichten Aufenthaltsort des Kindes oder am Ort des angerufenen Gerichts	195
4. Isolierte Unterhaltsverfahren	197
5. Isolierte Güterrechtsverfahren	197
a. Fälle einer Verschiebung der internationalen Zuständigkeit für die Güterrechtssache	198
b. Auslegung	199
aa. Wortlaut	199
bb. Systematik	200
cc. Historie	202
dd. Telos	202
ee. Zusammenfassung	204
6. Zwischenergebnis	205
III. Der Beendigungszeitpunkt	205
1. Beendigung des Verfahrens in der Ausgangssache	205
2. Sonderfälle in einzelnen nationalen Rechtsordnungen	207
3. Aufrechterhaltung der Annexzuständigkeit im Falle eines noch anhängigen Verfahrens über die Folgesache	209
IV. Ergebnis	209
F. Territoriale Reichweite der Annexzuständigkeiten	210
G. Ergebnis	213
3. Teil Die Abhängigkeit der Annexzuständigkeiten von dem Willen der Verfahrensbeteiligten	215
A. Die Annexzuständigkeit in Unterhaltssachen nach Art. 3 lit. c EuUnthVO als Wahlgerichtsstand	215
B. Vereinbarungsbedürftige Annexzuständigkeiten	217
I. Das Anerkennungserfordernis nach Art. 12 Abs. 1 Brüssel IIa-VO	217
1. Sinn und Zweck des Anerkennungserfordernisses	218
2. Vorliegen einer Anerkennung	219
3. Anerkennung durch die Ehegatten oder Träger der elterlichen Verantwortung	220
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	221
5. Wirkung einer Anerkennung	222
6. Bindungswirkung für die Parteien und das Gericht	223

II.	Die Gerichtsstandsvereinbarung gem. Art. 4 Abs. 1 lit. c sublit. i EuUnthVO	224
1.	Vorteile der vereinbarungsbedürftigen gegenüber der wählbaren Annexzuständigkeit in Unterhaltssachen	225
2.	Zeitpunkt des Abschlusses	226
3.	Ausschluss einer Gerichtsstandsvereinbarung im Falle des Art. 4 Abs. 3 EuUnthVO	228
4.	Schwächen	229
III.	Die bestätigende Gerichtsstandsvereinbarung gem. Art. 5 Abs. 2 EuGüVO	231
1.	Die dogmatische Herleitung des Vereinbarungs- erfordernisses	232
2.	Anwendungsbereich von Art. 5 Abs. 2 EuGüVO	233
a.	Generelle Bedenken gegen die Klägergerichts- stände nach Art. 3 Abs. 1 lit. a Str. 5, 6 Brüssel IIa-VO	233
b.	Kein Verstoß gegen das Diskriminierungs- verbot durch Art. 3 Abs. 1 lit. a Str. 6 Brüs- sel IIa-VO	236
c.	Umwandlung einer Trennung ohne Auflösung des Ehebandes in eine Ehescheidung	238
d.	Restzuständigkeiten	239
e.	Zwischenergebnis	240
3.	Vereinbarungsfreie Fälle	241
a.	Der (letzte) gemeinsame gewöhnliche Aufent- haltsort bzw. das Heimatrecht der Ehegatten	241
b.	Der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Antragsgegners	242
c.	Ein gemeinsamer Antrag in der Ehesache . .	243
d.	Der Gegenantrag in der Ehesache	245
e.	Zwischenergebnis	246
4.	Zeitpunkt der Vereinbarung	247
a.	Frühestmöglicher Zeitpunkt: Vorliegen eines zuständigen Gerichts in der Ehesache	247
b.	Spätestmöglicher Zeitpunkt wird durch die <i>lex fori</i> festgelegt	248
5.	Formerfordernisse	249

a.	Vor Anrufung des Gerichts in der Güterrechtssache	250
aa.	Schriftformerfordernis	250
bb.	Datierungserfordernis	250
cc.	Erfordernis einer Unterschrift	251
b.	Nach Anrufung des Gerichts in der Güterrechtssache	252
aa.	Anwendung der Formvorgaben nach der <i>lex fori</i>	252
bb.	Konkludente und/oder ausdrückliche Vereinbarungen	254
6.	Stellungnahme	256
C.	Art. 5 Abs. 1 EuGüVO als obligatorische Annexzuständigkeit	257
I.	Telos der Ausschließlichkeit nach Art. 5 Abs. 1 EuGüVO	257
II.	Die weitreichende Bindungswirkung für die Parteien und das Gericht	259
D.	Ergebnis	261
I.	Unterschiedliche Zielrichtungen und Wirkungen der vereinbarungsbedürftigen Annexzuständigkeiten	262
II.	Mindestvoraussetzung: Vorliegen einer Zustimmung	263
III.	Zeitpunkt der Vereinbarung	263
IV.	Unterschiede bei den Formerfordernissen	264
4. Teil	Das Verhältnis der Annexzuständigkeiten zu völkerrechtlichen Übereinkommen sowie zu den nationalen Zuständigkeitsregelungen	267
A.	Das Verhältnis zu den Annexzuständigkeiten aus den völkerrechtlichen Übereinkommen (KSÜ und LugÜ)	268
I.	Die Annexzuständigkeit für Kindschaftssachen nach Art. 10 KSÜ	268
1.	Das Verhältnis zu Art. 12 Abs. 1 Brüssel IIa-VO	268
2.	Unterschiede zwischen Art. 12 Abs. 1 Brüssel IIa-VO und Art. 10 Abs. 1 KSÜ	270
a.	Zuständigkeit der Behörden für die Entscheidung in einer Ehesache	270
b.	Besonderheiten des Art. 10 Abs. 1 KSÜ	271
aa.	Gewöhnlicher Aufenthaltsort des Kindes in einem Vertragsstaat des KSÜ	271

bb. Gewöhnlicher Aufenthaltsort eines Elternteils im Scheidungsstaat	271
3. Das auf eine Kindschaftssache anwendbare Recht	273
II. Das Verhältnis zwischen EuUnthVO und dem LugÜ	275
III. Ergebnis	277
B. Das Verhältnis der Annexzuständigkeiten zu den nationalen Gerichtszuständigkeiten	278
I. Die Reichweite der Zuständigkeitskonzentrationen in den Annexzuständigkeiten	279
II. Örtliche Zuständigkeitskonzentrationen und/oder Verfahrensbündelungen durch die Annexzuständigkeiten	281
1. Die Reichweite der Kompetenz des Verordnungsgebers	282
2. Keine Pflicht der Mitgliedstaaten zur Regelung einer örtlichen, sachlichen und funktionalen Zuständigkeitskonzentration	283
a. Grundsatz der Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten	284
b. Ausnahme: Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz	284
3. Art. 3 lit. c EuUnthVO als Vorbildfunktion für andere Annexzuständigkeiten	287
a. Unterschiedliche Regelungen zu Verbundzuständigkeiten	288
b. Auseinanderfallen der Zuständigkeiten für Ehe- und Scheidungsfolgesachen	289
4. Ergebnis	290
5. Teil Die Auswirkungen der Neufassung der Brüssel IIa-VO (Brüssel IIb-VO) auf die Annexzuständigkeit in Kindschaftssachen	293
A. Ziele der Brüssel IIb-VO	293
B. Keine Auswirkungen auf die internationale Zuständigkeit in Ehesachen, Artt. 3 ff. Brüssel IIa/b-VO	294
C. Auswirkungen auf die Annexzuständigkeit für Kindschaftssachen	295
I. Das Erfordernis einer wesentlichen Bindung des Kindes zu dem prorogierten Mitgliedstaat	298

1. Gewöhnlicher Aufenthaltsort des Trägers der elterlichen Verantwortung	298
2. Früherer gewöhnlicher Aufenthaltsort des Kindes	299
3. Heimatstaat des Kindes	300
4. Zuständigkeitstatbestände des Art. 3 Brüssel IIa/ b-VO als ungeschriebene Regelbeispiele	300
5. Zwischenergebnis	301
II. Gerichtsstandsvereinbarung oder Anerkennungserfordernis	302
III. Vereinbarkeit der prorogierten Zuständigkeit mit dem Kindeswohl	304
IV. Stellungnahme	304
1. Keine Ungleichbehandlung von ehelichen und nichtehelichen Kindern	306
2. Unzureichende Rücksichtnahme auf die Interessen des Kindes	307
D. Auswirkungen auf das Verhältnis der Brüssel IIb-VO zu Art. 10 Abs. 1 KSÜ	308
E. Umgang mit dem ersatzlosen Wegfall der Beendigungsregelung nach Art. 12 Abs. 2 Brüssel IIa-VO	309
F. Ergebnis	311
6. Teil Verordnungübergreifende Herausarbeitung der einheitlichen Grundsätze zu den Annexzuständigkeiten .	313
A. Die Gemeinsamkeiten der Annexzuständigkeiten	314
I. Die Ausgangssache	314
II. Die Folgesache	315
1. Sachlicher Konnex	315
2. Zeitlicher Konnex	315
3. Art. 3 lit. c EuUnthVO als Sonderfall	317
III. Weitere Verfahrensbeteiligte	318
B. Die Besonderheiten der Annexzuständigkeiten	319
I. Die Besonderheiten von Art. 5 EuGüVO	319
II. Die Besonderheiten von Art. 12 Abs. 1 Brüssel IIa-VO	320
III. Die Besonderheiten von Art. 3 lit. c EuUnthVO	320
IV. Die Besonderheiten von Art. 4 Abs. 1 lit. c sublit. i EuUnthVO	321
C. Zusammenfassung	321
I. Die Förderung der Prozessökonomie	321
II. Die Waffengleichheit zwischen den Parteien	322

III. Die Sonderrolle des Kindes	324
IV. Fazit	324
D. Reformvorschläge	325
I. Reformvorschläge zu den Annexzuständigkeiten . .	325
II. Akzessorische Gerichtsstandsvereinbarungen für Scheidungs- und Folgesachen	330
1. Erfordernis einer Gerichtsstandsvereinbarung in Ehesachen	332
a. Wählbare Anknüpfungstatbestände	332
b. Zeitpunkt für das Vorliegen des jeweiligen An- knüpfungstatbestandes	334
c. Maßgeblicher Zeitraum für den Abschluss ei- ner Gerichtsstandsvereinbarung	335
d. Formerfordernisse	335
2. Ergebnis und weitere Reformvorschläge	336
E. Schlussbetrachtung	338
Literaturverzeichnis	341
Verzeichnis der Berichte, Materialien und Stellungnahmen . . .	387
Stichwortverzeichnis	393